

## Protokoll

### **2. öffentliche Sitzung des Ausschusses Bauen, Regionale Entwicklung und Wirtschaft vom 23.03.2022, Gemeinschaftshaus Wustrow, Fehlstr. 35, 29462 Wustrow (W.)**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

#### **Öffentlicher Teil**

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 27. Ausschusssitzung Regionale Entwicklung, Wirtschaft und ÖPNV vom 28.09.21
2. Genehmigung des Protokolls der 1. Ausschusssitzung vom 07.12.2021
3. Einwohnerfragestunde
4. Sachstandsbericht Breitband durch den Geschäftsführer der Breitbandgesellschaft Lüchow-Dannenberg mbH Herrn Hogan (mdl. Bericht)
5. Vorstellung der Untersuchungsergebnisse „Wirtschaftsfaktor Tourismus“ für die Urlaubsregion Wendland.Elbe“, Referent: Herr Moritz Sporer, dwif-Consulting GmbH (mdl. Bericht)
6. Vorstellung Naturpark Elbhöhen-Wendland durch den Geschäftsführer Herrn Sievers (mdl. Bericht)
7. Vorstellung und Sachstand aus der Wirtschaftsförderung Lüchow-Dannenberg, Jahresbericht 2021“, ReferentInnen: Frau Jessica Zacharias, Herr Dr. Jürgen Glaser (mdl. Bericht)
8. Projektvorstellung Wir!-Bündnis Elbe Valley“, Referentin Frau Daniela Weinand, Innovationsmanagerin Elbe Valley (mdl. Bericht)
9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 9.1. Bericht aus der Stabsstelle über aktuelle und geplante Projekte durch die Stabsstellenleitung Frau Nicole Servatius (mdl. Bericht)
- 9.2. Informationen zum Stand der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) (mdl. Bericht)
  - 9.2.1. Allgemeines
  - 9.2.2. Wohnraumentwicklungskonzept
  - 9.2.3. Einzelhandelsgutachten
  - 9.2.4. Untersuchung der Möglichkeit einer Windenergienutzung im Wald und in LSG
  - 9.2.5. Weiteres Verfahren
- 9.3. Umgang mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FF) (mdl. Bericht)
- 9.4. Unterrichtung über die externe Vergabe eines Einzelhandelsgutachtens sowie eines landwirtschaftlichen Fachbeitrages im Rahmen der Neuaufstellung des RROP 2022/166
- 9.5. Vergabe Altaktendigitalisierung Fachdienst Bauordnung, Immissionsschutz und Denkmalpflege für die Jahre 2022 bis 2025 2021/025
- 9.6. Änderung der Niedersächsischen Bauordnung ab 2022 2022/156

#### **Nicht öffentlicher Teil**

10. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
11. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

#### **Anwesend:**

KTA Beckmann, Uwe  
KTA Heuer, Johannes  
KTA Schulz, Torsten  
KTA Siemke, Jörg Heinrich  
KTA Tzscheutschler, Joachim  
KTA Wiehler, Julie  
KTA Zieker, Julia  
KTA Allgayer-Reetze, Patricia  
KTA Hensel, Thorsten  
KTA Drossel, Fabian  
Beratendes Mitglied BRW Flügge, Thomas  
Beratendes Mitglied BRW Lettenbichler, Robert  
Beratendes Mitglied BRW Stark, Oliver

Landrätin Schulz, Dagmar  
KBD Stellmann, Maria  
Servatius, Nicole – Stabstellenleiterin 80  
Schwarz, Jürgen – Fachdienstleiter FD 61 Kreisplanung  
Sievers, Timo – Geschäftsführer Naturpark Elbhöhen-Wendland  
Heller, Edna - Naturpark  
Högan, Detlef –Geschäftsführer Breitbandgesellschaft Lüchow-Dannenberg mbH  
Dr. Magiera, Anja – Protokollführung  
Langer, Margarete – FD 61 Kreisplanung  
Hartmann, Julius - Auszubildender

Als Gäste:

Dr. Harrer, Bernhard - dwif-Consulting GmbH (virtuelle Teilnahme)  
Dr. Glaser, Jürgen – Süderelbe AG  
Zacharias, Jessica –Süderelbe AG (Wirtschaftsförderung)

Es fehlen:

KTA Dorendorf, Uwe stellv. Vorsitzender	entschuldigt
KTA Korth, Friedhelm Dietmar	entschuldigt
KTA Mertins, Holger	entschuldigt
KTA Petersen, Torsten	entschuldigt

**Beginn:** 15:00 Uhr **Ende:** 18:06 Uhr  
nichtöffentlicher Teil: - Uhr

Öffentlicher Teil

**Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

**Vorsitzender KTA Siemke** eröffnet die Sitzung des Fachausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. **Vorsitzender KTA Siemke** weist auf die bedrückende politische Lage hin. Des Weiteren bittet er um die zeitnahe Abwicklung des Protokolls bis spätestens drei Wochen nach der Sitzung.

**KBD Stellmann** entgegnet, dass Sie dies aufgrund der fehlenden Arbeitskraft, sowie der aktuellen Corona- und Flüchtlingskrise und dem damit verbundenen zusätzlichen Arbeitsaufwand nicht gewährleisten kann.

**Vorsitzender KTA Siemke** erwidert, dass die Protokolle für die politische Arbeit der KTA dringend notwendig seien.

**1. Genehmigung des Protokolls der 27. Ausschusssitzung Regionale Entwicklung, Wirtschaft und ÖPNV vom 28.09.21**

Das Protokoll der 27. Ausschusssitzung Regionale Entwicklung, Wirtschaft und ÖPNV vom 28.09.21 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 2, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 5

**2. Genehmigung des Protokolls der 1. Ausschusssitzung vom 07.12.2021**

Das Protokoll der 1. Ausschusssitzung vom 07.12.2021 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 5, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 2

**3. Einwohnerfragestunde**

Es bestehen keine Wortmeldungen. **Vorsitzender KTA Siemke** weist darauf hin, dass bei einzelnen TOPs die Sitzung für Einwohnerfragen unterbrochen werden könne.

#### 4. Sachstandsbericht Breitband durch den Geschäftsführer der Breitbandgesellschaft Lüchow-Dannenberg mbH Herrn Hogan (mdl. Bericht)

**Herr Hogan** berichtet anhand der Präsentation in Anlage 1 zum „Breitbandausbau in Lüchow-Dannenberg“.

**Vorsitzender KTA Siemke** dankt für den Sachstandsbericht und bittet um Fragen.

**KTA Schulz** erkundigt sich, ob die beiden angesprochenen Unternehmen nicht zur DBN in Konkurrenz stehen würden.

**Herr Hogan** verneint, eines der Unternehmen ist die NGN Telecom selbst. Die NGN Telecom möchte gerne zusätzlich eigene Glasfasernetze im Landkreis bauen.

**KTA Schulz** möchte wissen, wie mit neuer Bebauung in bereits erschlossenen Gebieten umgegangen werde.

**Herr Hogan** antwortet, dass diese in der Erschließung vorgesehen seien. Die vertragliche Grundlage besage, dass der Netzbetreiber diese Erschließung vornehmen solle. Es erfolgen zurzeit zudem Verhandlungen mit der NGN zum Thema Nacherschließungen.

**KTA Stark bittet um** Updates zu den Fragen in der EJZ. bzw. ob es weitere Kosten für den Landkreis durch neue Ausbaugebiete gäbe.

**Herr Hogan** erläutert, dass Herr Groß von der EJZ eine direkte Anfrage an ihn gerichtet habe und der Artikel dem entspreche. Schwierigkeiten seien ihm bekannt, diese würden aber oft durch die verwendete Technik im eigenen Haushalt bedingt. Förderung für Ausbaugebiete würden beantragt. Der Kreis wurde in 3 Sektionen bzw. Samtgemeindeteile geteilt. Die Förderungen gliedern sich in einen Bund (50-60%) und einen Landesanteil (ca. 25 %) und einen Eigenanteil, der bisher über Pachteinnahmen refinanziert wird. Allerdings seien 20 Mio. schwer zu finanzieren. Daher würde nach Möglichkeiten gesucht Gelder bei Bund oder Land einzuwerben.

**Auf Nachfrage von Herrn Heuer teilt Herr Hogan mit**, dass die Pachtlaufzeit 10 Jahre betrüge aber zum Ende hin offen gestaltet sei und darüber hinausgehen könne.

**KTA Heuer** erkundigt sich weiter, welche Perspektiven für weiße Flächen bestünden. Seiner Ansicht nach habe bei einem Investitionsvolumen von 19 Mio. niemand Interesse Splittersiedlungen etc. zu erschließen.

**Herr Hogan entgegnet**, dass sich Bund und Länder gerade öffnen würden. Ukraine und Pandemie zeigten wie wichtig eine stabile Internetverbindung sei und daher seien sie bereit mehr Mittel für strukturschwache Landkreise zu investieren. Betriebswirtschaftliche Kriterien seien dabei seines Erachtens zunächst nicht relevant.

**KTA Beckmann** erkundigt sich, ob es Sinn mache, dass Gemeinden wegen der "weißen Flecken" Resolutionen schreiben.

**Herr Hogan** beteuert, dass er in Bezug auf dieses Thema in engem Kontakt mit dem Landkreis stünde. Allerdings seien originär die Gemeinden selbst in der Verpflichtung die Ausstattung mit Infrastruktur sicherzustellen. Dies bedeute, dass im Prinzip die Gemeinden in der Verantwortung für die Erfüllung dieser Resolutionen seien. Er sei mit der Thematik betraut könne die Situation aber selbst finanziell nicht lösen.

**Beratendes Mitglied Lettenbichler fragt**, welche Kosten auf potentielle private Investoren zukommen würden.

**Herr Hogan** erläutert, dass die Gesamtheit der Kosten getragen werden müsste. Wichtig sei aber auch die Bildung von Kooperationen: z.B. könnten landwirtschaftliche Betriebe als anerkannte Eigenleistung den Tiefbau übernehmen. Trotzdem müsse jeder investieren.

**Vorsitzender KTA Siemke** dankt für den Vortrag.

Kenntnis genommen.

#### 5. Vorstellung der Untersuchungsergebnisse „Wirtschaftsfaktor Tourismus“ für die Urlaubsregion Wendland.Elbe“, Referent: Herr Moritz Sporer, dwif-Consulting GmbH (mdl. Bericht)

**Herr Dr. Bernhard Harrer**, dwif, ist als Vertretung von Herrn Sporer, online zugeschaltet.

Herr Dr. Harrer berichtet anhand der Präsentation in Anlage 2 zum „Wirtschaftsfaktor Tourismus für den Landkreis Lüchow-Dannenberg 2019“.

**KTA Wiehler** fragt, ob die Daten nur im Jahr 2019 erfasst worden seien und weshalb 2020/21 keine eigenen Daten erhoben oder ausgewertet worden seien.

**Dr. Harrer** erwidert, dass die Datenerhebung nur in 2019 durchgeführt wurde. 2019 könne als ein Basisjahr betrachtet werden, die Jahre 20/21 wegen der Corona-Pandemie leider nicht. Die Jahre 2020 bzw. 2021 auszuwerten wäre nicht Bestandteil der jetzigen Untersuchung.

**Stabstellenleitung Frau Servatius** ergänzt, dass die Handlungsempfehlungen nicht aus Ausnahmejahren abgeleitet werden sollen. Die Stabsstelle stünde im Fachbeirat Tourismus im engen Austausch mit den touristischen Akteuren und wisse wie es diesen ginge. Eine erweiterte Analyse (20/21) könne gegen weitere finanzielle Aufwendung erstellt werden.

**Beratendes Mitglied Lettenbichler** bittet um Auskunft zu Zahlen aus vergleichbaren Regionen z.B. aus

dem Ostsee-Raum.

**Herr Dr. Harrer** erläutert, dass diese Daten nicht für alle Regionen vorlägen. Die vorliegenden Daten zeigten jedoch bereits interessante Erkenntnisse. In Lüchow-Dannenberg lägen die täglichen Ausgaben mit 20 € pro Tag unter dem Durchschnitt (26 €). Dies begründe sich darin, dass im Kreis große Städte und Leuchtturm Projekte fehlten. Dr. Harrer sehe aber durchaus Potenzial. Deutlich werde in den Daten auch, dass die Hotellerie kaum Bedeutung habe, dafür aber die Parahotellerie. Dies passe zur Naturverbundenheit und dem Biosphärenreservat des Landkreises. Angebote müssten genau für diese Zielgruppe geschaffen werden. Die Angebote sollten zur Region passen.

Nachtrag zum Protokoll:

*Durch Frau Sabine Schöning recherchiert:*

*Tagesausgaben pro Gast vor Ort:*

*Wendland-Elbe und Lüneburger Heide (LH):*

- *Tagesgäste: 19,80 € (Lüneburger Heide –LH-: 23,70 €)*
- *Gewerbliche Betriebe: 102,90 € (LH: 109,30 €)*
- *Privatvermietung: 79,20 € (LH: 79,20 €)*
- *Camping: 32,20 € (LH: 33,70 €)*

**KTA Hensel** merkt an, dass das Gutachten die Situation im Landkreis gut widerspiegele und dem Gefüge des Landkreises entspräche. Allerdings sei es ein allgemeiner Trend, dass die Zahl der Übernachtungen landesweit zurückginge. KTA Hensel erkundigt sich daher, ob man aus den Daten anteilig die Ausgaben der Touristen im Einzelhandel ermitteln könne?

**Herr Dr. Harrer** entgegnet, dass die Einzelhandelsumsätze unterdurchschnittlich seien, da große Städte als Anlaufpunkte fehlten. Vergleiche mit einer staatlichen Statistik zum Vergleich mit anderen Branchen seien schwierig, denn die Erhebungsgrundlagen wären deutlich unterschiedlich. Der Tourismus sei eine Querschnittbranche und dort würden Umsätze oft nicht einzeln ausgewiesen. Die Gastgewerbeumsätze würden z. B sowohl von Einheimischen, als auch von Touristen beeinflusst.

„Overtourism“ sei im Landkreis nur selten ein Problem. Dafür wäre eine ablehnende Haltung gegenüber Tagesausflügern problematisch für die Auslastung der Infrastruktureinrichtungen.

**KTA Hensel** erkundigt sich nach der Höhe des prozentualen Umsatzes durch den Tourismus im Einzelhandel.

**Stabstellenleitung Servatius** ergänzt, dass sie dies prüfen könne aber, dass man aufgrund der Art der Zusammenrechnung die Daten aber nicht wirklich vergleichen könne.

**Vorsitzender KTA Siemke**, bittet darum, diese Information im Protokoll nachzutragen.

Nachtrag zum Protokoll:

*Eine Nachfrage von KTA Hensel bei der IHK ergab, dass der Einzelhandelsumsatz im LK Lüchow-Dannenberg 2019 bei 252,3 Mio. € (Quelle: MB Research 2019) lag. Bei 16,5 Mio. € Umsatz durch den Tourismus entspricht dies einem Anteil von 6,5% am gesamten Einzelhandelsumsatz.*

**Landrätin Schulz** erörtert, dass **Herr Harrer** das Gutachten bereits den touristischen Akteuren (ca. 40 Personen) vorgestellt habe. Was dort einhellig festgestellt wurde sei, dass der Tourismus vom früheren Kirchturmdenken abgerückt und eine gute Zusammenarbeit entstanden sei. Die Worte Wendland und Elbe gehörten mittlerweile zur Marke und seien für viele ein Begriff. Sie betont die positiven Effekte von Tourismus und Außenwerbung. Der Landkreis habe ein großes Angebot an Kultur, Baukultur, und eine allgemein hohe kulturelle Vielfalt. Dies würde durch den Naturpark, Frau Heller und die damit verbundene Qualitätsoffensive weiter gestärkt.

**KTA Wiehler** ergänzt, dass der Grundsockel 2019 sicher ein gutes Basisjahr war. Allerdings wisse niemand, wann die guten Zeiten wiederkämen. Daher wäre es interessant zu wissen welche Unternehmensstrukturen im Tourismusbereich sich als resilient erwiesen hätten und welche Trends bei großer Unsicherheit zu erwarten wären. Für einige Gemeinden wären die Corona Peak Zeiten besser verlaufen z.B. in Hitzacker, weil die Touristen gezielt bevölkerungsarme, naturnahe Regionen aufgesucht hätten.

**Stabstellenleitung Servatius** nimmt die Anregung auf.

Der **Vorsitzende Siemke** dankt **Dr. Harrer** für den Vortrag und weist auf dessen Angebot hin, auch im Nachgang Fragen zu beantworten.

Kenntnis genommen.

## 6. Vorstellung Naturpark Elbhöhen-Wendland durch den Geschäftsführer Herrn Sievers (mdl. Bericht)

**Herr Sievers** berichtet anhand der Präsentation in Anlage 3 zum Thema „Naturpark Elbhöhen-Wendland Grundlagen, Organisation und Aufgaben“.

**Vorsitzender KTA Siemke** dankt für den Vortrag und eröffnet die Fragerunde.

**Beratendes Mitglied Lettenbichler** erkundigt sich nach dem Budget des Naturparkvereins.

**Herr Sievers** erläutert, dass es eine Beitragsordnung gäbe. Der Landkreis zahle einen Festbetrag von 250.000 € pro Jahr. Die Samtgemeinden und übrigen kommunalen Mitglieder würden pro Einwohner, gerechnet auf die Gesamtfläche, 85 Cent zahlen. Dies ergäbe ca. 50.000 € pro Jahr. Hinzu kämen die eingeworbenen Fördermittel. Die Stelle von Frau Heller sei z.B. eine 100% Förderung. Das Gesamtbudget bliebe im Moment konstant, da sich auch die Einwohnerzahlen konstant entwickelten, dies sei in den vergangenen Jahren nicht immer der Fall gewesen.

**KTA Beckmann** möchte wissen, ob es zu den grünen Radweghinweisschildern auch Radfahrkarten gäbe und wo man diese beziehen könne.

**Herr Sievers** weist daraufhin, dass die Karten in den Tourist-Informationen erworben werden könnten. Zudem gäbe es digitale Karten im Online-Portal „Outdooractive“.

**KTA Beckmann** entgegnet, dass in seiner Gegend, der Gemeinde Gusborn gerade viele neue Schilder aufgestellt und damit ja sicherlich auch die Touren ergänzt worden wären.

**Herr Sievers** erwidert, dass keine neuen Schilder von Seiten des Naturparks aufgestellt wurden.

**KTA Hensel** merkt an, dass im Rahmen des neuen Radwegekonzeptes zwischen „Jedermannsradweg zum täglichen Bedarf“ und touristischen Radrouten unterschieden werden solle und ob es dazu schon Überlegungen gäbe.

**Herr Sievers** stimmt dem zu und legt dar, dass die touristischen Radrouten nicht die kürzeste Distanz zwischen zwei Orten abbilden müssten. Im Gegensatz zu den Alltagsradwegen führten die touristischen Radwegebeschilderungen durch möglichst schöne Landschaften. Einheimische würden die Wege kennen und dementsprechend von A nach B gelangen.

**KBD Stellmann** ergänzt, dass das alltagstaugliche Radwegekonzept im Rahmen der Verstetigung der Mobilitätsagentur entwickelt werden solle. Natürlich würden dabei die vorhandenen Infrastrukturen einbezogen und dargestellt. Dabei würde es auf Teilen der Strecken Schnittmengen geben. Das alltagstaugliche Radwegekonzept solle ungefähr den Umkreis von 10 km um die städtischen Bereiche abdecken.

**KTA Hensel** merkt an, dass eine Unterscheidung zwischen touristischen und alltags Radwegerouten stattfinden soll. **KBD Stellmann** stimmt dem zu.

**Vorsitzender KTA Siemke** dankt **Herrn Sievers** für den Vortrag.

Kenntnis genommen.

**7. Vorstellung und Sachstand aus der Wirtschaftsförderung Lüchow-Dannenberg, Jahresbericht 2021“, ReferentInnen: Frau Jessica Zacharias, Herr Dr. Jürgen Glaser (mdl. Bericht)**

**Herr Glaser** und **Frau Zacharias** berichten anhand der Präsentation in Anlage 4 zum Thema „Jahresbericht 2021“.

**Vorsitzender KTA Siemke** dankt für den Vortrag und bittet um Fragen.

**KTA T. Schulz** erkundigt sich bei Herrn Dr. Glaser nach den Chancen für unseren Landkreis und einer Schwerpunktsetzung für eine mögliche Entwicklung.

**Herr Dr. Glaser** erläutert, dass dieses Thema im Rahmen des Zukunftsentwicklungskonzeptes perspektivisch erarbeitet werde und er nicht vorgreifen möchte. Mögliche Schwerpunktsetzungen könnten sich z.B. aus der Branchencharakteristik der Region oder den naturräumlichen Potenzialen ableiten. In der Wirtschaft seien v.a. die Bereiche interessant, in denen Wertschöpfung und Arbeitsplätze entstünden z.B. die metallverarbeitende Industrie, die Bauwirtschaft oder der Sozialbereich. Wichtig seien auch die Innovationsthemen verknüpft mit der Nachhaltigkeit (Bioökonomie, nachhaltiges Wirtschaften, Regionale Produktion, Kreislaufwirtschaft). Diese sollen gemeinsam im Dialog mit Bürgern, Unternehmerinnen und Unternehmern sowie mit den regionalen Initiativen entwickelt werden. Dies sind Themen, auf die auch das strategische Regionalentwicklungskonzept einer an der Kreislaufwirtschaft ausgerichteten Modellregion ziele, das in der nächsten Sitzung vorgestellt werden soll. Mit dem Modellvorhaben, basierend auf der Bundesinitiative „Unser Plan für Deutschland“, sollen Ansätze zur Beseitigung der Strukturschwäche in ländlichen Regionen entwickeln werden. Vom Bund sollte für die Umsetzung der Idee auch eine Finanzierung eingefordert werden. Gorleben könnte z.B. da ein wichtiges Thema für ein Zukunftsprojekt sein.

**Landrätin Schulz** dankt für die wichtigen Hinweise. Das Zukunftsentwicklungskonzept werde mit breiter Beteiligung von Fachwelt Politik und Bürgern erarbeitet. Dazu gäbe es einen Ausschreibungsentwurf, der am 2. Mai in den Kreistag gehen solle, mit einer entsprechenden Vorbereitung in den Fachausschüssen. Allerdings sei es bisher nicht absehbar wie sich der Einschnitt am 24. Februar auf die Finanzierung solcher Projekte auswirke. Einschränkungen und Probleme sind absehbar. In der Zukunft müssten wir uns vermutlich ganz neuen Themen wie z.B. der Energieversorgung oder dezentrale Ernährungssicherung stellen. In den einzelnen Fachausschüssen sollen diese Themen gezielt behandelt werden.

Kenntnis genommen.

**8. Projektvorstellung Wir!-Bündnis Elbe Valley“, Referentin Frau Daniela Weinand, Innovationsmanagerin Elbe Valley (mdl. Bericht)**

abgesetzt

**9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen**

**9.1. Bericht aus der Stabsstelle über aktuelle und geplante Projekte durch die Stabsstellenleitung Frau Nicole Servatius (mdl. Bericht)**

**Stabsstellenleitung Frau Servatius** berichtet anhand der Präsentation in Anlage 5 „Bericht der Stabsstelle 80“.

**Vorsitzender KTA Siemke** dankt für den Vortrag und eröffnet die Fragerunde.

**KTA Stark** weist daraufhin, dass der Ausschuss von Seiten der Stabsstelle über die Projekte immer gut und frühzeitig informiert gewesen sei. Es sei sehr intensiv über die Projekte diskutiert worden, was auch an den zusammengelaufenen Summen erkennbar sei. Es haben sich viele positive Ergebnisse aus den Förderungen eingestellt. Die vielen Zuschüsse des Landkreises wurden thematisch sehr eng begleitet.

Kenntnis genommen.

**9.2. Informationen zum Stand der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) (mdl. Bericht)**

**FDL Schwarz** berichtet anhand der Präsentation in Anlage 6 „Informationen zum Stand der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP)“.

**9.2.1. Allgemeines**

**9.2.2. Wohnraumentwicklungskonzept**

**9.2.3. Einzelhandelsgutachten**

**9.2.4. Untersuchung der Möglichkeit einer Windenergienutzung im Wald und in LSG**

**9.2.5. Weiteres Verfahren**

**Vorsitzender KTA Siemke** dankt für den Vortrag und eröffnet die Fragerunde.

**KTA Schulz** bittet darum den Wunsch der Politik nach einem größeren Flächenanteil für Windenergieanlagen (WEA) einzuschätzen.

**FDL Schwarz** verweist auf das Verfahren zur 1. Änderung des RROP 2004, sachlicher Teilabschnitt Windenergienutzung (Inkraftsetzung 2019), in dem große Flächen in der Einzelfallprüfung aufgrund der „avifaunistischen Belange“ entfallen seien. Die 2 % Vorgabe sei im Landkreis schwer umzusetzen, da andere gesetzliche Vorgaben ebenfalls beachtet werden müssten. Der jetzige LROP Entwurf sähe als einen Grundsatz der Raumordnung die Sicherung von 2,1 % der Landesfläche (nicht der Landkreisfläche) für die Windenergienutzung ab 2030 vor. Sollte eine Umsetzung dieser Vorgabe aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, könnte dieser Grundsatz gut begründet in der Abwägung überwunden werden. Auch Festlegungen von Bund oder Land könnten dies nicht ändern. Es sei denn, dass sich die naturschutzrechtlichen Vorgaben ändern, was in der aktuellen Diskussion nicht ausgeschlossen sei. Es könne vermutlich durch die tlw. Nutzung von Wald und Landschaftsschutzgebieten zukünftig mehr Fläche für die Windenergienutzung generiert werden.

**KTA Schulz** fragt, wie lange man sich mit dieser „Verfahrens-Schleife“ befassen müsse.

**FDL Schwarz** erläutert, dass eine Änderung der Planungskriterien bereits bei der 1. Änderung Wind erfolgen musste. Hier habe der Kreistag zunächst große Abstände z.B. zu Wohnnutzungen vorgegeben, die im Planungsprozess eine zu geringe Flächenkulisse ergaben. Deshalb mussten die Kriterien in einer zweiten Verfahrens-Schleife angepasst werden. Aktuell läge der Abstand zu Wohnnutzungen bei 900 m. Die Kriterien im Offenland seien nicht weiter absenkbar, daher könne man es voraussichtlich bei einer Planungsrunde belassen und dabei Wind im Wald und Wind im Landschaftsschutzgebieten prüfen.

**KBD Stellmann** schließt daran an und erläutert, dass auch im Falle eines Vorranggebietes noch ein Genehmigungsverfahren nach Immissionsschutzrecht durchgeführt werden müsste. Der spezielle Artenschutz müsse für jeden einzelnen Standort im immissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft werden.

**Vorsitzender KTA Siemke** erläutert, dass **FDL Schwarz** die in Deutschland übliche Vorgehensweise sehr plausibel dargestellt habe. Er schätze, dass in allernächster Zukunft aufgrund der geo-politischen Situation ein Cut gezogen werde. Die aktuellen Regelungen sollten daher unter Vorbehalt betrachtet werden. Bisher fehle ein gesamtpolitischer Ansatz bzw. Vorgaben aus Land und Bund. Er schlage vor, das reguläre Verfahren weiter zu bearbeiten, aber nicht mit zusätzlichem personellen Aufwand. Sollten neue Regelungen da sein, dann müsse der Landkreis in der Lage sein schnell zu handeln. Die Verwaltung sollte dann diese Vorgaben zügig umsetzen, nötigenfalls mit der entsprechenden personellen Ausstattung, da der Landkreis in der Verpflichtung stehe da etwas zu machen, um den gesellschaftspolitischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Es könne nicht sein, dass der Landkreis als eine der am dünnsten besiedelten Regionen in Deutschland die 2 % Ziele nicht schaffen würde. Der Kreistag habe bei der 1. Änderung Windenergienutzung die weichen Kriterien beschlossen. Diese Kriterien müssten dann nochmals überprüft werden. Er erwarte, dass entsprechende Lösungswege, sowie Stellschrauben und Auswirkungen auf die Gebietskulisse aufgezeigt werden würden. Auch über Entlassungen aus dem Landschaftsschutz solle nachgedacht werden. Er argumentiert, dass es im Landkreis Schutzgebiete gäbe, die vor 40-50 Jahren mit völlig anderen Voraussetzungen angelegt worden wären. Die aktuelle Schutzgebietskulisse spiegele das was der Landkreis bräuchte, nicht wider. Daher müsse man sich mit den Umweltschutzfachverbänden darüber unterhalten wie man Flächen herauslösen könne. Man könne auch über die 2 % hinausgehen.

**KTA Beckmann** erkundigt sich ob, neben der Freiflächen PV auch das Verkehrsproblem Teil des RROPs sei.

**Fachdienstleitung Schwarz** erläutert, dass dies unter RROP Punkt 4.1 abgearbeitet werde. Allerdings würden aktuell eher keine neuen Verkehrswege geplant, sondern vor allem das bestehende regional bedeutsame Straßennetz gesichert werden. Überregionale Straßen und Schienenwege würden durch das LROP als Ziele der Raumordnung festgelegt.

**KTA Heuer** dankt für die gute Darstellung und ergänzt, dass das RROP mehr als nur die Windenergienutzung beinhalte. Er wünsche sich einen konkreten Zeitplan für die nächste Sitzung, um andere Themen z.B. den Einzelhandel in den Fokus zu nehmen.

**FDL Schwarz** entgegnet, dass der RROP Entwurf derzeit intensiv bearbeitet werde. Einzelne Themen (z.B. zur Wohnraumentwicklung) sollen im Ausschuss behandelt werden. Allgemeine Grundlagen sowie die Themen Energie und Verkehr sind bereits 2020 in interfraktionellen Sitzungen vorgestellt worden und würden im weiteren Verfahren nochmals aufgerufen werden. Es müssen ggf. Sonderausschuss-Sitzungen durchgeführt werden, um diese Themen zu erörtern.

**KBD Stellmann** ergänzt dazu, dass im zweiten Halbjahr 2022 themenbezogene Einzelblöcke im Fachausschuss bzw. in Sonderausschüssen diskutiert werden sollen. Dafür werden themenspezifische Sitzungen im zweiten Halbjahr geplant. Dabei soll es nicht nur um Windenergie, sondern um alle Themen des RROP gehen.

**KTA Tzscheuschler** bedankt sich für die gute Darstellung, gibt aber zu bedenken, dass nicht zu viel personeller Aufwand in die Arbeit auf Basis der jetzt geltenden gesetzlichen Vorgaben gesteckt werden solle. Im zweiten Halbjahr wisse man sicher mehr über neue rechtliche Vorgaben.

Kenntnis genommen.

### 9.3. Umgang mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FF) (mdl. Bericht)

**FDL Schwarz** berichtet anhand der Präsentation in Anlage 6 „Informationen zum Stand der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP)“.

**Vorsitzender KTA Siemke** dankt für den Vortrag und eröffnet die Fragerunde.

**Beratendes Mitglied Lettenbichler** regt an, auch andere Konzepte für Photovoltaik auf dem Acker zu prüfen, da die Freiflächenanlagen den Acker komplett der landwirtschaftlichen Nutzung entziehen würden. Agri-Photovoltaik ermögliche aber weiterhin den Anbau von Lebensmitteln.

**Landrätin Schulz** fragt, ob man sich die Agri-PV-Anlage von Herrn Lettenbichler vorort im Rahmen einer Exkursion anschauen und anschließend die Ausschusssitzung durchführen könne.

**Vorsitzender KTA Siemke** schlägt vor, einen Ortstermin zu vereinbaren und danach den Ausschuss regulär tagen zu lassen, da öffentliche Sitzungen in privaten Räumen schwierig durchzuführen seien.

**FDL Schwarz erwidert**, dass Agri PV im besonderen Fokus läge, da aktuell eine Anlage in Sammatz

geplant werde. Hier sollen die PV Module senkrecht aufgeständert werden.

**KTA Schulz** ergänzt, dass **Herr Hohlfeld** in der vorletzten Bürgermeisterdienstversammlung erwähnte, dass er einige Anträge von großen Bauvorhaben auf dem Schreibtisch habe, in denen kein Dachflächen PV geplant sei. Er erkundigt sich, ob solche Optionen Eingang in das RROP finden würden.

**FDL Schwarz** erwidert, dass die aktuelle Vorgabe im Entwurf des Landesraumordnungsprogramms laute, landesweit bis 2040 Photovoltaikanlagen **mit einer Leistung 65 Gigawatt (GW)** zu installieren. Davon sollten **50 GW** auf versiegelten Flächen bzw. Gebäudeflächen und **15 GW** auf Freiflächen errichtet werden. Die Kommunen sollten daher insbesondere die bebauten Gebiete in den Blick nehmen. Allerdings seien die Förderbedingungen dort bisher nicht so lukrativ. Die Potentialanalyse solle dazu dienen, möglichst konfliktarme Bereiche für Photovoltaik-Freiflächenanlagen zu identifizieren.

**Vorsitzender KTA Siemke** führt aus, dass es im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens noch nicht Pflicht sei, eine Dachflächen PV-Anlage zu installieren. Lediglich die Statiken müssten so ausgelegt werden, dass die Dächer eine PV Anlage tragen könnten. Bei Hallen, Dächern etc. sei PV in hohem Maße wirtschaftlich.

**KBD Stellmann** verweist auf TOP 9.6, denn in der Bauordnung werde das Thema neu geregelt. Es bestünde zwar eine Übergangsfrist bis 2024 aber danach müssten überwiegend gewerblich genutzte Betriebe die Dachfläche, die über 75 m<sup>2</sup> groß ist, mit PV belegen. Aber auch da könnte es noch zu Änderungen kommen.

**KTA Wiehler** möchte wissen, ob es eine Flächengröße gäbe, ab der man von einer Raumbedeutsamkeit sprechen könne.

**FDL Schwarz** erläutert, dass dies immer auf eine Einzelfallprüfung ankäme. Bei einer kleinräumigen strukturierten Umgebung könne eine Photovoltaik-Freiflächenanlage schon zwischen 3 und 5 ha als raumbedeutsam betrachtet werden. Im Allgemeinen ginge man aber eher ab 10 ha von einer Raumbedeutsamkeit aus. Die Potentialanalyse solle dazu dienen, dass ein Raumordnungsverfahren nicht notwendig würde. Bei vorhandener Potenzialanalyse müsse nur noch eine Flächennutzungsplanänderung und die Aufstellung eines Bebauungsplanes erfolgen.

Kenntnis genommen.

<b>9.4. Unterrichtung über die externe Vergabe eines Einzelhandelsgutachtens sowie eines landwirtschaftlichen Fachbeitrages im Rahmen der Neuaufstellung des RROP</b>	2022/166
---	----------

**KBD Stellmann** unterrichtet über die Vergabe des Einzelhandelsgutachten und über die Vergabe des landwirtschaftlichen Fachbeitrages im Rahmen der Neuaufstellung des RROP.

Kenntnis genommen.

<b>9.5. Vergabe Altaktendigitalisierung Fachdienst Bauordnung, Immissionsschutz und Denkmalpflege für die Jahre 2022 bis 2025</b>	2021/025
---	----------

**KBD Stellmann** unterrichtet über die Vergabe der Altaktendigitalisierung.

Kenntnis genommen.

<b>9.6. Änderung der Niedersächsischen Bauordnung ab 2022</b>	2022/156
---	----------

**KBD Stellmann** unterrichtet über die Änderung der Niedersächsischen Bauordnung ab 2022.

Kenntnis genommen.

Außerdem gibt **KBD Stellmann** zur Kenntnis, dass die Leitung des Bauamtes aktuell neu besetzt werden solle, da Herr Rzepa in den FD 69 Kreisstraßenmeisterei versetzt worden sei. Die kommissarische Leitung des Bauamtes läge aktuell bei EKR Löser. Der Kreisausschuss werde das Bewerbungsverfahren begleiten.

**Vorsitzender KTA Siemke** erkundigt sich nach der Begründung für Herrn Rzepas Arbeitsplatzwechsel in die Kreisstraßenmeisterei.

**KBD Stellmann** erläutert, dass Herr Rzepa aufgrund von Personalausfällen in FD 69 dringend gebraucht werde und die Juristin Frau Löser, die bisher den Baurechtsbereich abgedeckt habe, den Landkreis verlasse. Es würde für diesen Bereich dringend eine juristische Fachkraft benötigt.

**Landrätin Schulz** ergänzt, dass Frau Löser eine ausgewiesene Expertin im Baurecht sei und diese Fachkompetenz dringend benötigt werde.

**KBD Stellmann** berichtet über den Rechtsstreit zur Sanierung der Kreisstraße K8. In diesem Verfahren sei der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz gegen die Planung des Landkreises vorgegangen. In erster Instanz wurde dieses Verfahren gewonnen, in zweiter Instanz jedoch zeigte das OVG Lüneburg am 18.03.2022 eine deutlich andere Sichtweise. Es gäbe für das Urteil unterschiedliche Lesarten. Man könne davon ausgehen, dass das Hauptsacheverfahren erst in drei Jahren entschieden werde, so dass die Sanierung der Straße solange pausieren müsse. Daher werde für den Kreisausschuss am Montag eine Eilvorlage mit verschiedenen Vorschlägen zur weiteren Verfahrensweise vorbereitet.

**Vorsitzender KTA Siemke** bedankt sich für den angenehmen Verlauf und schließt die Sitzung um 18:06 Uhr.

Der nichtöffentliche Teil ist entfallen, da weder von Seiten der Verwaltung noch von Seiten der KTA ein Bedarf dafür bestand.



Vorsitzender



Protokollführung

**Auf Grund der Größe der Anlagen stehen diese ausschließlich im Rats- und Bürgerinformationssystem zur Verfügung.**